(Zweites Blatt.)

Thorner Zeitung.

Nr. 123 | Donnerstag, den 29. Mai | 1902

Neue Nachrichten.

Leipzig, 27. Mai. In Augustusburg brachte ein 28jähriger Mann seiner 13jährigen Schwester 44 Messerstiche bei und versuchte sich darauf die Kehle zu durchschneiden.

Chemnitz, 27. Mai. Eine Explosion ist in einem Droguen-Geschäft beim Reinigen eines Benzin-Fasses erfolgt. Ein Markthelfer erlitt eine Gehirnerschütterung. Das Erdgeschoß des Lagerhauses brannte aus.

Goerz, 27. Mai. Als der Inspektions-Unteroffizier Lainacher die Runde machte, verlangte er vom postenstehenden Artilleristen Sadeleich die Losung, erhielt jedoch keine Antwort. Nachdem die zweite Frage ebenfalls unbeantwortet blieb, entfernte er sich, um eine Patrouille zu holen. In diesem Moment krachte ein Schuß und Lainacher stürzte, in den Rücken getroffen, zusammen und gab im Spitale seinen Geist auf. Sadeleich wurde verhaftet und gab an, daß sein Gewehr auf unerklärliche Weise losgegangen sei.

Athen, 27. Mai. Auf der Insel Korfu wurde ein starkes Erdbeben mit der Richtung von Norden nach Süden beobachtet.

Rotterdam, 27. Mai. Das Torpedoboot „Sleipner" fährt morgen nach Düsseldorf ab. Das Kanonenboot „Panther" bleibt noch bis zum 4. Juni hier, da eine Verkleinerung der Schornsteine zum Passiren der Bahnbrücken des Waal bei dem jetzigen hohen Wasserstande erforderlich ist.

Lissabon, 27. Mai. Bei Pedroso, sechs Meilen von Oporto, stiegen Feuer und Rauch plötzlich aus Erdspalten auf; gleichzeitig herrschte ein heftiger Wirbelsturm. Man glaubt, daß diese Erscheinungen mit den vulkanischen Ausbrüchen auf Martinique in Zusammenhang stehen.

New York, 27. Mai. Der 36jährige Jaeckel und dessen Geliebte, Elise Wermecke, die beide aus Anhalt gebürtig sind, wurden verhaftet. Jaeckel beging in Paris Fälschungen in Höhe von 250,000 Fr.

Preußischer Landtag.

Abgeordentenhaus.

77. Sitzung vom 27. Mai, 12 Uhr.

Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in Westpreußen und Posen.

Ministerpräsident Graf **Bülow:** Wir haben die Pflicht, ein Bollwerk zu errichten gegen die staatsfeindliche großpolnische Agitation, an dem der staatsfeindliche großpolnische Zukunftstraum zerschellen muß. Wir werden die verfassungsmäßigen Rechte unserer polnischen Mitbürger auch fernerhin gewissenhaft achten. (Widerspruch bei den Polen.) Ich bin gar kein Freund kleinlicher Politik der Nadelstiche und Polizeichikanen. Aber alles, was abzielt auf eine Abänderung des bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisses, werden wir rücksichtslos unterdrücken. Wir werden auf jedem uns zugänglichen Gebiet das Deutschtum in materieller und kultureller Beziehung zu fördern trachten. (Beifall rechts.) Ich habe bereits im Januar als das wichtigste Mittel zum Schutze des Deutschtums die innere Kolonisation bezeichnet. Von den Wechseln, die ich damals auf die Zukunft gezogen habe, ist dies der erste, den ich mit dieser Vorlage einlöse. Der Ansiedlungsfonds neigt sich seinem Ende zu. Wir fordern einen höheren Betrag als bisher, weil wir mit der Besiedelung rascher vorgehen und den staatlichen Domänenbesitz vermehren wollen. Indem ich fordere, daß wir diese Summe für den angegebenen Zweck auf eine Reihe von Jahren festlegen, gebe ich öffentlich kund, daß wir die bisherige Ostmarkenpolitik ohne Zögern und Schwanken in bisheriger fester Weise weiter fortführen werden. (Beifall rechts.) Die Ansiedelungskommission mag hier und da Fehler begangen haben, im Großen und Ganzen aber glaube ich, daß sie ihre Aufgabe richtig erfaßt und mit Eifer und Erfolg durchgeführt hat. Es sind bereits 100 000 ha mit 5000 deutschen Bauernfamilien besetzt, und das bedeutet immerhin einen nennenswerten Zuwachs der deutschen ländlichen Bevölkerung in jenen Provinzen. Weitere 65 000 ha harren der Besiedelung. Ein Teil der Güter, welche sich weniger zur Parzellirung als zur Bewirtschaftung im Großen eignen, soll als Domänen- bezw. Forstbesitz des Staates dauernd erhalten bleiben. Diese Maßnahme empfiehlt sich sowohl aus politischen, wie aus wirtschaftlichen Gründen. Der deutsche Großgrundbesitz in Posen und Westpreußen umfaßt etwas mehr als die Hälfte des gesamten Großgrundbesitzes, er bildet aber nicht ein zusammenhängendes Ganzes, sondern polnischer Besitz ist vielfach eingesprengt, und er befindet sich zum großen Teil in den Händen von Forensen. In den Domänenpächtern besitzen wir nützliche und in politischer Hinsicht zuverlässige Elemente. Dadurch werden neue wirtschaftliche Centren für das Deutschtum geschaffen. Auch Fürst Bismarck hat sich 1894 für die Schaffung von Domänen in Posen und Westpreußen ausgesprochen. Ich muß aber Verwahrung einlegen gegen den in der Presse aufgetauchten Argwohn, als ob es unsere Absicht wäre, ohne Rücksicht auf nationale Gesichtspunkte verkrachten Grundbesitzern die Güter zu höheren Preisen abzunehmen. Ich habe beim Beginn gesagt, daß diese Vorlage der erste Wechsel sei, den ich einlöse. Ich hoffe, Ihnen im nächsten Winter weitergehende Vorschläge zum Schutze des deutschen Volkstums im Osten, sei es durch den Etat, sei es durch besondere Gesetze zu unterbreiten. (Beifall rechts.) Ich habe bereits früher als wünschenswert bezeichnet, daß den Beamten in den zweisprachigen Provinzen besondere Zulagen zu gewähren sind und es gereicht mir zur besonderen Genugthuung, daß der Finanzminister mir zugesichert hat, im nächsten Etat dafür Summen flüssig zu machen. (Beifall rechts.) Welche Kategorien von Beamten und Lehrern in Frage kommen, wird noch erwogen. Wir wollen durch vorliegenden Gesetzentwurf deutsche Sitte und Art in den gemischtsprachigen Provinzen schützen und pflegen und wollen mit Ernst und Nachdruck in den bisherigen Wegen weitergehen, damit künftige Geschlechter im Osten der Monarchie dieselbe Sicherheit und dieselbe Rechtsordnung finden, wie in allen übrigen Provinzen unter dem Szepter der Hohenzollern. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Fritzen** (Ctr.): Wir sind überrascht, daß diese so bedeutende Vorlage, welche eine Viertelmilliarde fordert, erst am Schluß der Session eingebracht ist; wir sind um so mehr überrascht, als von dem früheren Fonds noch 56 Millionen vorhanden sind, die noch einige Jahre gereicht hätten. Ungerechtigkeit gegen die Polen. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich gebe zu, daß die Vorlage formell vielleicht nicht verfassungswidrig ist, aber materiell widerspricht sie der Verfassung entschieden. Es wird eine Protestantirung des Ostens durch die Vorlage erreicht. Die bisherige Ansiedelungspolitik hat absolut keinen Erfolg gehabt. Seit 1886 ist der deutsche Besitz gegenüber dem polnischen zurückgegangen, während vor 1886 das Verhältnis umgekehrt war. Das Gesetz giebt der Ansiedelungskommission eine größere Freiheit für den Ankauf größerer Güter, welche auch an frühere Besitzer verpachtet werden sollen. Das ist doch eine bedenkliche Sache! Das bedeutet eine Prämie auf schlechte Wirtschaft. Volkswirtschaftlich würde es sich vielmehr empfehlen, kleine Besitzungen zu gründen, damit die Landwirtschaft intensiver betrieben werden kann. Diese kolossalen Fonds werden ihren Zweck nicht erreichen, mit dieser Politik beschreiten wir einen verkehrten Weg. Wir lehnen die Verantwortung für die Vorlage ab, besonders auch im gegenwärtigen Moment, wo unsere Finanzlage eine keineswegs günstige ist. Für hundert Millionen sollen Domänen gekauft werden zu einer Zeit, wo die Landwirtschaft nicht rentabel ist. Eine solche Politik bei einer großen finanziellen Depression, bei dem Rückgang der Domänen-Einnahmen ist uns ganz unverständlich. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. **Szuman** (Pole) verliest eine gegen die Vorlage gerichtete scharfe Erklärung der Polen. (Die polnische Fraktion verließ nach Verlesung dieser Erklärung den Saal.)

Abg. **v. Tiedemann** (fk.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der Vorlage. Wenn Abg. Fritzen auf das geringe Verhältnis der katholischen zu den protestantischen Ansiedlern hingewiesen hat, so ist daran die polnische Geistlichkeit schuld, die die Katholiken mit allen Mitteln von der Ansiedelung fernzuhalten sucht. Redner erklärt sich insbesondere für die Errichtung größerer Ansiedelungsgüter.

Abg. **Ehlers** (Freis. Vereing.): verliest eine Stelle aus einem Schreiben des Ostmarkenvereins, in dem es mit Bezugnahme auf den deutschen Großgrundbesitz heißt: „So lange viele Besitzer wirtschaftlich leiden, können Sie nichts für das Deutschtum tun". (Hört, hört!) Wenn der Patriotismus mit dem guten Leben anfängt und aufhört, so ist damit noch viel zu machen. Meine politischen Freunde haben in den Jahren 1886 und 1896 den Ansiedelungsfonds für ein unzulässiges und verkehrtes Mittel gehalten. Wenn ich überzeugt wäre, daß das Mittel wirklich zweckmäßig wäre, so würde es mir auf ein paar hundert Millionen nicht ankommen. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, wenn der Ministerpräsident 250 Millionen gefordert haben würde, so würden sie ihm auch bewilligt werden. In der Kommission wird ernstlich geprüft werden müssen, ob nicht ein geringerer Betrag genügt. Die Waldverwüstungen in den östlichen Provinzen müssen wieder gut gemacht werden. Bei den früheren Ansiedelungsgesetzen legte man das Hauptgewicht auf die Ansiedelung deutscher Bauern. Da jetzt aber der Grundbesitz bevorzugt werden soll, so scheint es, daß man die Ansiedelung kleiner Besitzer nicht mehr für so wichtig erachtet.

Abg. Dr. **Wolf-Gorki** (konf.) erklärt, daß seine Partei die Vorlage gern annehmen werde, natürlich nach eingehender Prüfung in der Kommission.

Abg. **Richter** (Frs. Vpt.): Wir sind weit entfernt, irgend welche Bestrebungen auf Errichtung eines polnischen Reiches oder auch nur eines föderativen Verhältnisses jener Landesteile zu begünstigen. Diese Marken müssen Bestandteile des preußischen Staates und des deutschen Reiches unter allen Umständen bleiben, aber eben deshalb sind wir der Meinung, daß man auch den Einwohnern ohne Unterschied der Zunge nicht die gleichen politischen Rechte vorenthalten kann. Diese Vorlage steht im Widerspruch mit Art. 4 der Verfassung, daß alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind. Denn prinzipiell werden nach diesem Gesetz die Polen zwar nicht ausgeschlossen von dem Recht, zu verkaufen, wohl aber Ansiedelungen zu erwerben auf den aus Staatsmitteln geschaffenen Gütern. Die Tendenz der Gesetze ist darauf gerichtet, die Polen auszukaufen, unter Anwendung von Mitteln des Staates, zu denen sie selbst als Steuerzahler beizutragen haben. Aber wenn dieser Verfassungsartikel auch nicht bestände, so sind wir Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung und solcher Kamfgesetze, nicht aus besonderer Sympathie zur polnischen Bevölkerung. Wir verkennen nicht die tiefen Gegensätze, die uns in der inneren Politik von den Polen scheiden. In allem, was uns vom Centrum scheidet, sind sie auch von uns geschieden, in allem, was uns von den agrarischen Parteien der Rechten scheidet, sind auch die Polen von uns geschieden, und gerade die Beratung des Zolltarifs zeigt uns, daß sie unter den Agrarieren zu den Extremen gehören. Aber das kann uns nicht irre machen in unserer Gegnerschaft gegen die Ausnahmegesetze. Es ist überhaupt schon von vornherein eigenartig, daß in einem Augenblick, wo an der Westgrenze der Diktaturparagraph aufgehoben wird, hier ein solches Gesetz eingebracht wird. (Sehr richtig! links.) Solche Ausnahmegesetze schließen die Betroffenen fester zusammen, sie entwickeln ein Solidaritätsgefühl, der Widerstand wird weit stärker und größer durch ein solches Gesetz. Wie hat man seiner Zeit das Sozialistengesetz gefeiert, und uns, weil wir dagegen waren, verkannt. Das Sozialistengesetz hat die sozialdemokratische Partei in Deutschland so zusammengeschmiedet, daß sie stärker geworden ist als in irgend einem anderen Lande. (Sehr richtig! links.) So manche der Kulturkampfgesetze haben eine ähnliche Folge gehabt. Das Centrum wäre heute sonst nicht die starke Partei. Bismarck hat am 28. Januar 1886 den Zweck des Gesetzes markirt wie folgt: Das Widerstreben gegen die Assimilirung beruht fast ausschließlich auf dem polnischen Adel mit seinen Beamten und seiner Dienerschaft, und darum kommt es darauf an, in diesem Gesetz den polnischen A d e l gewissermaßen zu expropriiren. Was haben Sie nun mit den zwei Gesetzen von 1886 und 1898 mit den 200 Millionen, von denen 150 Millionen verausgabt sind, erreicht? Es sind im Ganzen 123 polnische Großgrundbesitzer in 15 Jahren ausgekauft worden. Nachher haben die Ankäufe weit mehr deutschen als polnischen Besitz betroffen, schon erreichen diese deutschen Ankäufe seit 1886 46 pCt. der Gesamtankäufe. Im letzten Jahre hat nur ein Viertel der Ankäufe aus polnischer Hand stattgefunden, dagegen drei Viertel aus deutscher Hand. (Hört! hört! links.) Es hat einen großen Eindruck gemacht, daß in den letzten 5 Jahren der polnische Besitz um 31 000 Hektar mehr angewachsen ist als der deutsche Besitz. In den letzten 4 Jahren der Tätigkeit der Ansiedelungskommission sind angekauft worden an polnischem Besitz nur 15000 Hektar, dagegen aus deutschem Besitz 52 000 Hektar (Hört, hört!) So haben sich also die Absichten des Fürsten Bismarck, den polnischen Adel anzukaufen, mehr und mehr verflüchtigt, nachdem die polnischen Güter, die sich noch in schwacher Hand befanden, in den ersten Jahren angekauft worden waren. Heute lese ich eine halbamtliche Notiz, daß von den 139 polnischen Grundbesitzern, die mit 15 Jahren ausgekauft sind, nur 27 ins Ausland gezogen sind. (Hört, hört!) Die Polen haben das Geld verwandt zur Verstärkung des polnischen Einflusses in den Städten, zur Erhaltung des polnischen Grundbesitzes im Inlande. Darum sage ich: wenn diese Gesetze nicht gewesen wären, es wäre den Polen nicht möglich gewesen, ihren Besitz in dieser Weise zu vermehren. Noch eins hat dazu beigetragen, worauf heute noch nicht hingewiesen ist, die außerordentliche Preissteigerung der Güter, hervorgerufen durch die starke Nachfrage der 200 Millionenfonds. In der Begründung des ersten Gesetzes von 1886 ist ausgeführt worden daß bis dahin durchschnittlich in den letzten Jahren in den Ostmarken der Hektar zu 560 Mk. angekauft worden ist. In dem letzten Bericht erfahren wir, daß man für den Hektar seit 1886 durchschnittlich 693 Mk. bezahlt hat. (Hört, hört!) In den letzten drei Jahren hat man über 800 Mk. schon für den Hektar bezahlen müssen (Hört, hört!) im letzten Jahre 806 Mk. Diese Preissteigerung ist noch eine besondere Stärkung des Polentums. Ganz abgesehen von den höheren Summen, die ihnen ausgezahlt werden, steigen die Güter im allgemeinen im Preise, und je höher ein Gut Verkaufswert erlangt, desto mehr hat es Hypothekenkredit. Je höher der Verkaufspreis ist, um so größer die Verführung, das Gut zu verkaufen; denn wer dann auf der andern Seite die geringe Rente betrachtet, die im Verhältnis zum Verkaufswert das Gut hat, für den liegt es alsdann sehr nahe, daß er sich als „notleidend" fühle. Dann braucht blos der polnische Verführer zu kommen, der jetzt bei jedem Verkaufe eines deutschen Gutes zur Stelle ist. Dann wenden sie sich an die Ansiedelungskommission, sprechen von der „Bedrängniß ihres Deutschtums", und die Ansiedelungskommission muß dann die hohen Preise bezahlen. So schraubt man gegenseitig die Preise hinauf. Die Parole; es muß kolonisirt werden, der Großgrundbesitz ist in den Ostprovinzen zu umfassend, hat allgemein bis jetzt gegolten. Nun erfahren wir das Gegenteil, jetzt soll es darauf ankommen, den Großgrundbesitz zu stärken, Domänenbesitz zu erwerben. Ich will nicht leugnen, daß dort etwas geschaffen ist, — was läßt sich nicht alles mit 150 Millionen schaffen — was einen ganz guten Eindruck macht! Es kommt aber darauf an, ob das, was geschaffen ist, im Verhältnis steht zu den aufgewendeten Mitteln und zu dem Zwecke, den man dabei gewollt hat. Es kann nicht stark genug hervorgehoben werden, daß in den 15 Jahren es nur möglich gewesen ist, 4659 Ansiedelungen zu schaffen. Sind diese Ansiedelungen nun eine Verstärkung des deutschen Elements in den Provinzen Posen und Westpreußen? Nein, zu einem großen Teil gar nicht, denn 1722 Ansiedler sind aus den Provinzen Posen und Westpreußen selbst gekommen. (Hört, hört! links.) Ziehen Sie diese davon ab, dann bleiben 3000 Ansiedler übrig. Was will aber das sagen gegenüber den Millionen der polnischen Bevölkerung! Die polnischen Ehen sind viel fruchtbarer als die deutschen, und was da an Kindern auf polnischer Seite inzwischen mehr geboren ist (Heiterkeit), reicht um ein vielfaches hin, um diese Verstärkung des deutschen Elementes auszugleichen. Damals wurde als das Problem der Kolonisation aufgestellt: Rentengüter zu schaffen. Leute, die über wenig Kapital verfügen, könne man da ansiedeln, wenn sie sich herbeiließen, eine Rente zu übernehmen. Diese Rentengüterpolitik habe aber durchaus nicht jene Anziehungskraft ausgeübt. Die Zahl der Nachfragen ist gerade in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen. 1400 Rentengüter sind eingeteilt aber noch nicht begeben. Das zeigt doch, wie schwer es wird, in dieser Weise noch Ansiedelungen zu errichten. Nun will man mehr Pachtgüter anlegen als bisher Rentengüter. Ist denn das ein Fortschritt, daß an Stelle des Eigentümers nun der Pächter gesetzt wird? Das gerade Gegenteil von Kultur ist es, wenn man den Großgrundbesitz dort, wo er schon die Hälfte des ganzen Areals umfaßt, noch weiter zu sichern und zu befestigen trachtet. (Sehr richtig! links.) Und dann erwägen Sie, daß gerade von diesem Großgrundbesitz schon ohnehin 262 000 ha durch Fideikommisse in den beiden Ostprovinzen gebunden sind. Hinsichtlich der Forsten liegt die Frage anders als in Bezug auf die Domänen. Wir haben uns niemals widersetzt, wenn es darauf ankam, Oedländereien anzukaufen und aufzuforsten. Dazu braucht man aber doch keine Hundertmillionenfonds! (Sehr richtig! links.) Dafür können alljährlich im Etat bestimmte Summen, wie bisher, ausgesetzt werden. Was über die Entwaldung gesagt wird, ist jedenfalls außerordentlich übertrieben. Die Waldungen haben an Umfang in den beiden Provinzen zusammengenommen seit 1884 nicht abgenommen, sondern um 8234 ha zugenommen. Sie können doch im Ernst nicht glauben, daß, wenn man in Ostelbien schon überhaupt nicht ohne polnische Arbeiter auskommen kann, es nun künftig möglich sein wird, Deutsche als Waldarbeiter dort heranzuziehen! Das sind doch alles Phantasiegebilde! (Sehr richtig!) 1894 äußerte Fürst Bismarck, wer polnisch sprechende Arbeiter habe, wisse, daß die Gefahr nicht von diesen unteren Schichten ausgehe. Aus den Güterregistern ersehe ich, daß zu den Forensen die „Edelsten der Nation" gehören, Mitglieder regierender Häuser, des hohen Adels deutscher Nation, hohe Staatsbeamte, Herzöge, Grafen, Prinzen, Freiherren. Das wäre also eine

noble Gesellschaft (Große Heiterkeit), die ausgekauft werden soll zu so hohen Preisen! Die „Posener Zeitung“ schrieb noch heute, es wäre ihr sehr zweifelhaft, ob der Domänenpächter der richtige Kulturbazillus wäre für die Germanisirung. Die Landwirtschaft wird durch die Steigerung der Güterpreise immer mehr klagen über die geringe Grundrente im Verhältnis zum Verkaufswert. 450 Mill. — sind das eine Kleinigkeit? Dafür hatte man 1800 km Vollbahnen oder 7500 km Kleinbahnen bauen können. Den Beamten kann man bei der angeblich ungünstigen Finanzlage keinen angemessenen Wohnungsgeldzuschuß bewilligen! — Den Schaden von Ihrer Polenpolitik haben nur die deutschen Kaufleute und Gastwirte, zumal wenn Sie noch Vereinshäuser bauen wollen. Durch das gegenseitige Boycottierungssystem entsteht ein enormer Schaden. Die Beamten schließen sich sozial von den deutschen Privatpersonen ab und auch mandarinenmäßig-kastenartig noch untereinander. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage macht auf mich den Eindruck, als ob sie vom Sattel herabdiktiert ist. — Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr v. Podbielski. (Heiterkeit.) — Es genügt doch nicht zu blasen: Husaren heraus! und daß dann losgestürmt wird über Stock und Stein, mag Roß und Reiter stürzen, und wenn die ganze Attake in den Sumpf gerät. Es giebt jetzt einen Chauvinismus in Deutschland, ein Ueberdeutschtum, das jeden der nicht in diesen Fragen mit der Regierung geht, als verdächtig, als nicht national bezeichnet. Jeder Patriotismus wird uns abgesprochen, weil wir in der Polenpolitik nicht mitmachen wollen. Wie hat man uns wegen unserer Haltung beim Socialistengesetz verdächtigt! Wie bei den Maigesetzen! Als wir für 2jährige Dienstzeit eintraten, hat man gesagt, daß wir Deutschland wehrlos machen, das Heer in ein Milizheer verwandeln wollen. Alle Erfahrungen aber haben das Gegenteil bestätigt und unsere Haltung durchaus gerechtfertigt. So bestätigen denn auch bei dieser Polenpolitik die bisherigen Maßnahmen die Richtigkeit unseres Verhaltens. Unsere Ueberzeugung geht dahin, daß wir diesem Gesetz Widerstand leisten müssen, weil wir damit richtig handeln auch im wahren Interesse des Deutschtums selbst. (Lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Finanzminister Frhr. v. **Rheinbaben** bestreitet, daß die Vorlage eine Ungerechtigkeit gegen die Polen enthalte. Die Polen sind diejenigen, welche die Deutschen angegriffen haben. Es wird gegen die Polen keine Diktatur geübt. Wir können das Deutschtum nicht besser fördern, als wenn wir um die kleinen Städte einen Kranz von deutschen Ansiedelungen legen. (Sehr richtig! rechts.) Die Früchte von der Tätigkeit der Kommission können wir erst in Jahrzenten erwarten. Wir wollen aber die Tätigkeit der Ansiedelungskommission auf eine lange Zeit festigen. Ein Schwanken oder ein Zurück gibt's heute für die Regierung nicht mehr. Das Wort des Abg. Richter vom Ueberdeutschtum wird jeden deutschen schmerzlich berühren, der da weiß, wie der Deutsche im Osten um seine Existenz ringt. Wir leiden nicht an ein Ueberdeutschtum, sondern an einem Unterdeutschtum. Wo die Ansiedelungskommission gewirkt hat, ist das Deutschtum nicht zurückgegangen. Die Ansiedelungskommission soll nicht alle Grundstücke kaufen, die ihr angeboten werden, wir wollen keine Rettungsstation für verkrachte Großgrundbesitzer errichten. Wir werden den Weg, den wir bisher gegangen sind, auch ferner gehen zum Heile der beiden Provinzen, im Interesse der Erhaltung deutscher Art und Sitte. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. **Sattler** (nl.): Ich begrüße es mit Freuden, daß auch der Abg. Fritzen anerkannt hat, daß das Gesetz formell keine Verletzung des Art. 4 der Verfassung darstellt. Die vom Abg. Richter gezogene Parallele zwischen der Aufhebung des Diktaturparagraphen und dem Vorgehen gegen die Polen im Osten ist nicht berechtigt. Die Tätigkeit der Ansiedelungskommission ist keineswegs unbedeutend gewesen, die Kommission hat sich große Verdienste erworben. (Beifall.)

Abg. **Kirsch** (Ctr.) beklagt die Zurückweisung katholischer Bewerber um Ansiedelungsstellen. Auf den Vorwurf der Protestantisirung, welchen der Abg. Fritzen erhoben, habe der Finanzminister nicht geantwortet. Wenn der Ministerpräsident aber gemeint habe, das sei nicht der einzige Wechsel, so möchte er ihm empfehlen, wie ein sorgsamer Kaufmann zu handeln und sich auf Wechselgeschäfte nicht einzulassen.

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Richter. Wenn dieser vom Großgrundbesitz spreche, so geschehe das nie ohne eine gewisse Feindseligkeit. Der Großgrundbesitz ist außerordentlich wichtig für die Verhältnisse des Kleinbesitzes. Nach der Vorlage sollen 150 Millionen dazu dienen, einen nicht leistungsfähigen Grundbesitz in einen leistungsfähigen zu verwandeln. Es muß ein Volk zur Bekämpfung von Bestrebungen, wie sie hier in Betracht kommen, auch unter ungünstigeren Verhältnissen Geld haben.

Abg. **Richter**: Nach den Aeußerungen des Vorredners könnte man glauben, daß ich mich überhaupt gegen den Großgrundbesitz erklärt habe. Das ist nicht geschehen. Ich habe nur ausgeführt, daß ich den Großgrundbesitz dort, wo er im Uebermaß vorhanden ist, soweit für schädlich erachte, und ich habe darauf hingewiesen, daß in den Ostmarken über die Hälfte des Besitzes Großgrundbesitz ist. Dem Finanzminister gegenüber bemerke ich, daß ich den Fürsten Bismarck nicht gelobt habe, ich habe jene Aeußerungen von 1886 nur zitirt, um darzutun, daß hierbei seine Voraussetzungen ebensowenig eingetroffen sind, wie bei anderen Gesetzen, gegen die wir damals mit vollem Recht opponirt haben. Der Finanzminister meinte dann, es habe ihn meine Aeußerung bezüglich des Ueberdeutschtums schmerzlich berührt. Ich hatte den Ausdruck nicht in Bezug auf die Ansiedler gebraucht, sondern in Bezug auf einen Ueberschwang von nationalen Empfindungen.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Mittwoch: Ausführungsgesetz zum Fleischschaugesetz in Verbindung mit dem Antrage, betr. obligatorische Schlachtviehversicherung. Schluß $4^1/_2$ Uhr.

Lustige Ecke.

Zu rücksichtsvoll. Frau (zum nächtlich heimkehrenden Gatten): „Schon wieder halb zwei! . . . Hast Du denn noch nicht ein einzig' Mal den Vorsatz gefaßt, früher heimzukommen?“ Mann: „O schon öfter — ich wollte Dich aber nicht erschrecken!“

Galant. Mann (mittags): „An der neuen Köchin haben wir eine gute Acquisition gemacht; das Mittagessen ist vorzüglich!“ Frau: „Ich habe ihr heute geholfen!“ Mann: „Trotzdem!“

Rechtspflege.

† **Im Prozeß Pawlowski** zu Danzig erhielt Pawlowski wegen einfachen Bankerotts 1 Monat Gefängnis. Die Strafe wurde als durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärt.

† **Vereinsgesetz und die Frauen.** Nach dem Vereinsgesetze dürfen Frauen, Schüler und Lehrlinge den Versammlungen von politischen Vereinen nicht beiwohnen. Ein Verein der Ziegler zu Herzfelde, der zu den politischen Vereinen gezählt wird, hatte vor einiger Zeit in einem Gasthause ein Tanzvergnügen veranstaltet. Als der Polizeiverwalter erschien, wurde er vom Vereinsvorsitzenden aufgefordert, sich zu entfernen, da es sich um ein Vegnügen eines geschlossenen Vereins handle. Ein Gendarm verlangte darauf von dem Vereinsvorsitzenden, daß Frauen und Kinder aus dem Saal entfernt würden. Als der Vorsitzende dies ablehnte, erklärte der Gendarm die „Versammlung“ (!) für aufgelöst und forderte die Anwesenden auf, das Lokal zu verlassen. Ein Vereinsmitglied Pieper entfernte sich nicht sofort und wurde daher in Strafe genommen. Das Landgericht sprach Pieper frei, da sich die fragliche Bestimmung des Vereinsgesetzes nicht auf solche Versammlungen eines politischen Vereins beziehe, die lediglich geselligen Zwecken dienen. Das Kammergericht nahm in Uebereinstimmung mit dem Landgericht und im Gegensatz zum Oberverwaltungsgericht an, daß Frauen allerdings solche Versammlungen eines politischen Vereins besuchen dürfen, die geselligen Zwecken und nicht der Erörterung politischer Angelegenheiten dienen.

Vermischtes.

—* **Der pünktliche Einjährige.** Auf dem Bahnhofe zu Erlangen traf dieser Tage ein Extrazug ein, dem zu aller Verwunderung als einziger Passagier ein — Einjährig-Freiwilliger entstieg. Der junge Marsjünger hatte in Hof den Personenzug versäumt und kam dadurch in die Gefahr zu spät im Dienst zu erscheinen. Kurz entschlossen bestellte er sich daher einen Extrazug, der ihn pünktlich an das Ziel brachte. Das Billet zu diesem Sonderzug soll allerdings ziemlich teuer gewesen sein.

—* **Schlagfertig.** Ein englisches Blatt erzählt folgende lustige Anekdote: Eine fashionable Londoner Dame, die sich vor den Propagandaversuchen einer unerschütterlichen Vertreterin der Reformkleidung der Frauen nicht retten konnte, wurde von dem Schuß eines tobsüchtigen Liebhabers getroffen und nur durch ihr Korset, an dem die Kugel abprallte, vom frühzeitigen Tode gerettet. „Sehen Sie“, rief sie nun triumphirend „sehen Sie, wenn ich aufgehört hätte, Korsets zu tragen, wie Sie mir rieten, wäre ich jetzt tot!“ „O nein“, antwortete die Reformerin mit unerschütterlichem Ernst, „Frauen, die keine Korsets tragen, haben keine verrückten Liebhaber.“

—* **„Nix Neues.“** Ein Händler in Tarnow (Nordsee) war für einige Jahre verreist. Als er zurückkehrte, fragte er auf dem Bahnhof einen Bekannten: „Nix Neues in Tarnow?“ „Nein,“ war die Antwort. „Aber doch?“ „Na, Dein Hund ist tot.“ „Wieso?“ — „Er ist verbrannt, wie Dein Haus abgebrannt ist.“ „Wieso ist mein Haus verbrannt? „Es hat niemand acht gegeben, weil alle im Gericht waren, wie Dein Schwiegervater eingesperrt worden ist.“ „Warum ist er eingesperrt worden?“ „Weil er gestohlen hat.“ „Gestohlen hat er?“ „Na, das hat er ja schon öfter gemacht. Ich hab' Dir ja gesagt: es ist nichts Neues in Tarnow passiert“

—* **Modernes Liebeslied.**

Wie hab ich, Du zierliche Braune,
Dich oft an die Lippen gedrückt!
Nie zeigtest Du schmollende Laune,
Stets hat mich Dein Anblick entzückt.

Wie manche still-selige Stunde,
Geliebte, verbracht ich mit Dir,
Dann hingst Du so traut mir am Munde
Und wecktest den Träumer in mir.

Stolz trugst Du den Ring, der Dich zierte,
Und mocht' auch kein Trauring es sein,
Das Feuer, das küssend ich schürte,
Es glühte für mich nur allein.

Ich hab Dich in Spitzen begraben,
Und als Du Dein Dasein verhaucht,
Da rief ich: Zigarren, die haben
Doch Wert nur, so lang man sie raucht!

Vom Büchertisch.

Einen interessanten und beachtenswerten Aufsatz über „Die Verwaltung der Stadt Berlin und die Architektur“ bringt das Mai-Heft der Zeitschrift „Ornament“, Zeitschrift für angewandte Kunst. Verlag Karl Koch Krauß, Berlin, 7. Jahrgang. Jährlich 12 Hefte Mk. 10,00, Einzelheft Mk. 1,00. Professor Paul Schley berichtet über seine Reiseerinnerungen in Sicilien, Bücherschau, Chronik des Vereins Ornament u. s. w. vervollständigen den textlichen Theil des Maiheftes. An Illustrationen finden wir: Speisezimmertisch von Hugo Pommorsli: Farbige Kathredal-Glasfenster der Altarnische des Augustastiftes in Kottbus von G. Neuhaus; Fries der Diele in der Villa Wilke und Deckenfrieß von Bildhauer Albert Kretzschmar sowie ein Tischchen von Willy Dressler. An Beilagen: Buffet und Uhr entworfen von Architekt Hugo Pommorski und Tapete für Speisezimmer entworfen von Maler Lorenz Lang.

Handelsnachrichten.

Amtliche Notirungen der Danziger Börse.

Danzig, den 27. Mai 1902.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer dem notirten Preise 2 M. per Tonne sogenannte Factorei-Provisionusancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet

Weizen per Tonne von 1000 Kilogr.
inländ, hochbunt und weiß 750 Gr. 181 Mk.

Roggen per Tonne von 1000 Kilogramm Normalgewicht
inländ. grobkörnig 750 Gr. 150 Mk.

Gerste per Tonne von 1000 Kilog.
inländisch große 662—680 Gr. 126—128 Mk.

Wicken per Tonne 1000 von Kilogr.
inländische 125 Mk.
transito $117^1/_2$ Mk. bez.

Hafer per Tonne von 1000 Kilogr.
inländischer 150—160 Mk.

Kleie per 50 Kilogr. Weizen- 4,65—4,87 Mk.
Roggen $4,92^1/_2$—$5,07^1/_2$ Mk.

Der Börsen-Vorstand.

Amtl. Bericht der Bromberger Handelskammer.

Bromberg, 27. Mai 1902.

Weizen 176—181 Mk., abfallende blauspitzige Qualität unter Notiz, alter Winterweizen ohne Handel.

Roggen, gesunde Qualität 147—151 Mk.

Gerste nach Qualität 120—124 Mk.
gute Brauwaare 126—130 Mk.

Futtererbsen 142—155 Mk.

Kocherbsen nom. 180—185 Mark.

Hafer 140—147 Mk., feinster über Notiz.

Der Vorstand der Productenbörse.

Druck und Verlag der Ratsbuchdruckerei Ernst Lambeck, für die Redaktion verantwortlich: Curt Losch; beide in Thorn.